54. Jahrgang. № 8. Sonntag, 9. Januar 1910.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.

Bezugsgebühr vierteljährl. für Dresden bei täglich zweimaliger Zutragung von Sonn- und Montagen nur einmal 2.50 Mk., durch auswärtige Kommissionäre 3.50 Mk. Bei einmaliger Zustellung durch die Post 3 Mk. (ohne Bestellgeld). Die den Lesern von Dresden u. Umgebung am Tage vorher gegebenen Abend-Ausgaben erhalten die auswärtigen Bezieher mit der Morgen-Ausgabe gleichzeitig geliefert. Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdn. Nachr.") zulässig. — Unverlangte Manuskripte werden nicht aufbewahrt.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher: 11 • 2096 • 3601.

Anzeigen-Tarif: Annahme von Anzeigen bis vorm. 10 Uhr, Sonntags 3 Uhr, Marienstraße 38/40 von 11 bis 1 Uhr. 7 einspaltige Grundzeilen (ca. 8 Silben) 25 Pf. Ausserhalb des Landbezirks Dresden 20 Pf. Geschäftliche Anzeigen über der Redaktionsstrich 50 Pf., sonst gewöhnlich 40 Pf. Zeile u. Zeilenpreis. Sonn- u. Feiertagszeile der einspaltige Grundzeile 30 Pf., auf Stellengesuche 40 Pf. Bei Wiederholungen entsprechender Nachlass, wenn nur gleiche Schriftgattung und -Grösse. Für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Rechnungen sofort nach geleisteter Zahlung. Belegblatt 10 Pf.

Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.

Lobeck & Co. Hoflieferanten Sr. Maj. d. Königs v. Sachsen. | **Carola-Chocolade.** Einzelverkauf: Dresden, Altmarkt 2.

Galerie E. Arnold Schloss-Strasse 34. Gemälde Ed. von Gebhardt, R. Dreher etc. Bronzen A. Gaul.

Amateur-Photographie **Cyko-Papier** Modernes Matt-Gaslichtpapier. Allein-Verkauf Carl Plaul, königl. u. Prinzl. Hofl. Wallstr. 25.

Meissner **Smyrna-Teppich-Fabrik** F. Louis Bellich Kgl. Sächs. Hoflieferant Meissen. Nur Prima-Kammgarn-Fabrikate. Handarbeit. Prämiert mit goldenen Medaillen.

Tuchwaren. Grossartige Auswahl hoch aparter Neuheiten in deutschen u. engl. Qualitäten, streng solide Ware, ausserordentlich billige Preise. **C. H. Hesse Nchf.,** Marienstr. 20, 3 Raben.

Für eilige Leser.

Wahrscheinliche Witterung: Mild, veränderlich.

Die Entscheidung in dem Revisionsprozeß Peter Hunter vor dem Reichsgericht wurde auf den 29. Januar vertagt.

Die Reichspostkonferenz in Berlin ist gestern geschlossen worden.

Auf den Eingang der Wahlrechtsvorlage ist innerhalb der ersten vier Wochen der Session des Preußischen Landtags zu rechnen.

Theodore Roosevelt trifft voraussichtlich am 28. April zu dreitägigem Aufenthalt in Berlin ein.

Der frühere Rechtsanwalt Karl Hau hat in der Nacht zum 6. Januar einen Ausbruchsversuch aus dem Zuchthause Bruchsal unternommen.

In Andalusien wurden mehrere Anarchisten verhaftet, die ein Attentat gegen König Alfons vorbereiteten.

Die Grubenbesitzer des englischen Streitgebietes beabsichtigen für morgen die allgemeine Aussperrung.

Der Wiederbeginn der sächsischen Landtagssession

nach der Weihnachtspause stellt den nationalen Politiker unserer engeren Heimat ohne Unterschied der parteipolitischen Richtung vor die Pflicht, als rückwärts gekehrter Prophet einen Blick in die Vergangenheit zu tun, um aus der gesamten Situation und den bisherigen parlamentarischen Leistungen der neuen Zweiten Ständekammer einen Maßstab zu gewinnen für die Notwendigkeiten, die von der allgemeinen Wohlfahrt unseres Sachsenlandes erfordert werden. Die Beurteilung der politischen Gesamtlage bei uns in Sachsen gipfelt nach wie vor in der unübersehbaren Machtstellung, welche dem Radikalismus durch das zahlreiche Eindringen der Sozialdemokratie in die Zweite Kammer zugefallen ist, und in der bis zur Feindschaft gesteigerten Rivalität zwischen der Konservativen und der nationalliberalen Partei, deren freundnachbarlichem Zusammenleben die staatlichen, kulturellen und wirtschaftlich-sozialen Errungenschaften in den letzten Jahrzehnten zu danken ist. Die hervorragenden Fortschritte dieser Zeitperiode haben in ihrer harmonischen Gesamtwirkung unserer sächsischen Heimat draußen im Reiche den wohlverdienten Ruf eines Musterstaates eingetragen, und alles Streben muß heute darauf gerichtet sein, auch unter den neuen, veränderten Verhältnissen die Bahn freizumachen für ein gleiches segensreiches Wirken. Daß dies nur durch ernste positive Arbeit, durch zielbewußtes Schaffen ermöglicht werden kann, wie es bisher in unserer Volksvertretung an der Tagesordnung war, ist ein von selbst einleuchtender Satz, der nicht erst bewiesen zu werden braucht.

Darf nun von dem Linksliberalismus, der sich in allen Tonarten als „Retter des Vaterlandes" anpreist, eine solche nachdrückliche Arbeit zum Heile des Ganzen erwartet werden? Man braucht bloß das alte Weisheitswort: „An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen!" auf den Linksliberalismus anzuwenden, um sofort zu begreifen, daß diese Richtung mit ihrem in erster Linie auf tendenziöse Parteipolitik zugeschnittenen Gebaren nicht im stande ist, die Voraussetzungen zu erfüllen, auf denen die nationale Wohlfahrt mit ihren über dem parteipolitischen Getriebe stehenden höheren Interessen beruht. Oedester Radikalismus, beschränkter Doktrinarismus, das Herumtummeln der bekannten parteipolitischen Steckenpferdchen auf der dürren Gedankenweide hohler Schlagwörter beschäftigt die Vertreter des bürgerlichen Radikalismus mit wenigen Ausnahmen in solchem Maße, daß ihnen für eine wirklich fruchtbare politische Tätigkeit fast gar kein Raum übrig bleibt. Dazu kommt ihr mangelhaftes Verständnis für den staatsgefährlichen Charakter der Sozialdemokratie, so daß sie sich nur zu sehr als die verhängnisvolle „Vorfrucht" der Partei des Umsturzes erweisen, die ihre Dienste gern in Anspruch nimmt, um hinterher ihren Dank dafür durch die rücksichtslosesten Eisenfußtritte abzustatten. Schon die kurze Dauer der bisherigen sächsischen Landtagssession hat reichlich Gelegenheit gegeben, die Richtigkeit der Anschauung, daß der Linksliberalismus in der Hauptsache nur die Geschäfte der Sozialdemokratie besorgt, zu erweisen. Es sei in dieser Hinsicht nur an die zahlreichen agitatorischen Anträge und Forderungen des Freisinns erinnert, die lediglich den Zweck verfolgen, die „Volkstümlichkeit" der freisinnigen Abgeordneten in möglichst hellem Lichte erstrahlen zu lassen. Gewöhnlich kommt dann freilich die Sozialdemokratie gleich hinterdrein mit einer überstürzenden Aktion, welche die Vertreter des roten Prinzips erst als die eigentlichen und wahren „Volksfreunde" zu zeigen bestimmt ist. So ist es beispielsweise mit der freisinnigen Forderung der Aufhebung der untersten Steuerklassen gegangen. Flugs hat der sozialdemokratische Abgeordnete Fleißner darauf in seiner Etatrede mit dem weitergehenden Verlangen einer Erhöhung der Progression in solchem Umfange geantwortet, daß sie einer teilweisen Konfiskation der betreffenden hohen und höchsten Einkommen nahekäme. Um die Mittel und Wege, wie der Ausfall an Einnahmen, der mit der Aufhebung der untersten Steuerklassen verbunden wäre, zu decken ist, kümmert sich der Freisinn in seinem dunklen agitatorischen Drange nicht weiter; solche „kleinlichen" Sorgen sind nicht dazu da, die „großen Geister" zu beschäftigen. Demgegenüber ist es wohl angebracht, wenn das „Vaterland" mit beißendem Sarkasmus dem Abgeordneten Günther zu Gemüte führt: „Ausgaben bewilligen ist keine Kunst; Einnahmen schaffen, ohne bei den Wählern anzustoßen, das ist eine Nuß, die zu knacken auch eines Herrn Günther würdig wäre."

Die hieraus sich ergebenden zwingenden realpolitischen Erwägungen nationalen und staatserhaltenden Charakters müßten normalerweise jeden besonnenen Nationalliberalen zu ernster Einkehr veranlassen und den gemäßigten Liberalismus zu einer reinlichen Scheidung von Tisch und Bett gegenüber dem Linksliberalismus bewegen, um sich wieder ganz der positiv schaffenden Arbeit zu widmen, deren sich der sächsische Nationalliberalismus so lange Jahre hindurch in treuem Zusammenwirken mit der konservativen Mehrheit befleißigt hat. Leider kann nicht behauptet werden, daß die Nationalliberalen in ihrer bisherigen Tätigkeit im neuen Landtage durchweg mit voller Konsequenz ein von dieser Richtschnur bestimmtes Verhalten zur Schau getragen hätten. Vor allem kann ihnen der sachliche Vorwurf nicht erspart bleiben, daß auch sie sich nicht von dem gefährlichen Spiele mit dem Feuer ferngehalten haben, das sich in der Stellung agitatorischer Anträge bekundet. In der übereilten Jagd nach „Volkstümlichkeit" ist es den Nationalliberalen sogar passiert, daß zwei ihrer Anträge sich als völlig überflüssig erwiesen, weil die Regierung die betreffende Angelegenheit bereits aus eigener pflichtgemäßer Initiative erledigt oder doch in Angriff genommen hatte. Es waren dies die Anträge, die sich auf den Einfluß der Armenunterstützung auf die öffentlichen Rechte und auf eine Wahlstatistik auf Grund der Ergebnisse des neuen Wahlrechts bezogen. Ein weiterer nationalliberaler Antrag, der die Verjährung öffentlich-rechtlicher Ansprüche im Anschluß an die bekannten bei den Wahlen hervorgetretenen Mißstände bei der Behandlung rückständiger Steuern in ihrem Einflusse auf das Wahlrecht regeln wollte, war so wenig durchsichtig redigiert, daß er einerseits nicht die erforderliche Klarheit schaffte und zum anderen die sonst von den Liberalen mit Recht so sehr hochgehaltenen Selbstverwaltungsbefugnisse der Gemeinden beeinträchtigte. Von konservativer Seite wurden diese Mängel beleuchtet und durch einen Abänderungsantrag zu verbessern versucht. Ein anderer Antrag, betr. die Einführung des „kaufmännischen Geistes" im Betriebe unserer Eisenbahnverwaltung, litt an zu großer Allgemeinheit der aufgestellten Gesichtspunkte, wogegen sich die Regierung darauf berufen konnte, daß sie bereits entsprechende, ins einzelne gehende Verfügungen erlassen hatte, die das gleiche Ziel anstreben, ohne den im guten Wortsinne „bureaukratischen", d. h. auf die strenge Gewissenhaftigkeit eines disziplinierten Beamtentums gegründeten Charakter unserer Verwaltung, wie er für jedes geordnete und festgefügte Staatswesen unerläßlich ist, zu gefährden. Endlich sind auch die Nationalliberalen nicht von dem vom Abg. Opitz in seiner Reichenbacher Rede vorausgesagten Schicksale der Ueberstürzung durch stärkere Trümpfe der Sozialdemokratie verschont geblieben. Die Partei des Umsturzes hat nämlich den nationalliberalen Antrag auf Reform der Ersten Kammer durch die Forderung der Beseitigung des Oberhauses überhaupt und das Verlangen nach Sicherung des Koalitionsrechts der Arbeiter durch den Antrag auf Ausdehnung des Koalitionsrechts auf die Verkehrsbeamten übertrumpft, letzteres mit dem unverkennbaren Hintergedanken, dadurch die Bahn für Eisenbahn-, Post- und Telegraphen-Ausstände nach berühmten ausländischen Mustern frei zu machen.

Wenn die nationalliberale Partei bei uns in Sachsen aus allen diesen Erfahrungen ehrlich die praktischen Folgerungen ziehen will, so kann und darf sie sich nicht länger der Einsicht verschließen, daß sie nicht nur dem allgemeinen Staatswohle schadet, sondern auch ihre eigene Existenz ernstlich in Gefahr bringt durch jede weitere Nachgiebigkeit gegen die Sirenenrufe der äußersten Linken. Namentlich muß der gemäßigte Liberalismus sich auch klar machen, daß er durch den einseitigen „Ruck nach links" die Interessen der von ihm sonst stets mit besonderem Nachdruck vertretenen Industrie auf das schwerste schädigt, indem er den industriefeindlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie nicht den genügenden Widerstand entgegensetzt, sondern die Partei des Umsturzes zur Betätigung solcher Tendenzen durch Initiativanträge geradezu ermutigt. Gewiß kann kein Einsichtiger von dem gemäßigten Liberalismus verlangen, daß er, um seinen Befähigungsnachweis zu einer führenden Rolle in der neuen politischen Konstellation unserer engeren Heimat zu erbringen, jetzt mit einem Schlage eine Art staatliches Paradies aus der Erde zaubern soll, in dem eitel Freude und Wonne herrscht und kein Laut der Unzufriedenheit hörbar wird. Worauf es ankommt, ist lediglich die entschlossene Abkehr von unfruchtbaren radikalen Machenschaften und die Wiedervereinigung mit den Konservativen zu ehrlicher, fruchtbringender, gemeinsamer Arbeit zu Nutz und Frommen der allgemeinen Wohlfahrt, um das in vergangenen Jahrzehnten in Gemeinschaft mit der Rechten Geschaffene zu erhalten und weiter auszubauen.

In diesem Sinne kann ein Rückblick auf den bisherigen Verlauf der Landtagsverhandlungen nur geeignet sein, bei allen besonnenen Elementen des gemäßigten Liberalismus die Erkenntnis von der Unzulänglichkeit des Radikalismus auf dem Gebiete positiven Schaffens zu vertiefen und dadurch in der nationalliberalen Partei zugleich mit der Abkehr von linksliberaler Schwarmgeisterei den ernsten Willen zur Betätigung eines positiv gerichteten Liberalismus zu stärken. Damit wäre dann eine wesentliche Voraussetzung für die Wiederannäherung zwischen rechts und links erfüllt, und unser sächsisches Land könnte mit neuer Zuversicht der Weiterentwicklung unserer politischen Verhältnisse ins Auge blicken. Falls es anders kommen sollte, so könnten die Konservativen sich jedenfalls auf gute Gründe stützen, wenn sie ihrerseits die Verantwortung für den verquerten Gang der Dinge von sich abwiesen. Die Konservativen haben oft genug ihren guten Willen zu einer freundnachbarlichen Verständigung mit den Nationalliberalen betont und sind von diesem loyalen Verhalten selbst dadurch nicht abgeschreckt worden, daß ihnen in völliger Verkennung ihrer wahren Beweggründe von der extremen Linken „Angst um ihre politische Machtstellung" und „unwürdige Umschmeichelung der Liberalen" untergeschoben wurde. Das heißt die Tatsachen direkt auf den Kopf stellen. Wenn die Konservativen immer wieder auf die Betonung der unheilvollen Folgen eines fortgesetzten Haders zwischen rechts und links hinweisen, so tun sie es lediglich, weil sie damit dem allgemeinen vaterländischen Wohle zu dienen glauben, in richtiger Würdigung der hohen Verdienste des gemäßigten Liberalismus, dessen aktive Mitwirkung an der nationalen Politik sie als eine staatliche Notwendigkeit rückhaltlos anerkennen. Möge der sächsische Nationalliberalismus sich in seinem ferneren Verhalten von der gleichen, über dem Parteigetriebe stehenden Rücksicht gegenüber den Konservativen leiten lassen! Dann wird er auch unschwer den Weg finden, der zu dem Ziele einer für das Gemeinwohl unserer engeren Heimat nicht bloß ersprießlichen, sondern unerläßlichen Wiederannäherung an die rechte Seite führt.

Neueste Drahtmeldungen

vom 8. Januar.

Zur preußischen Wahlrechtsreform.

Berlin. (Priv.-Tel.) Auf den Eingang der Wahlrechtsvorlage ist, wie verlautet, schon innerhalb der ersten 4 Wochen der Session des Landtages zu rechnen. Die Thronrede wird auch einen Passus über die Vereinfachung der Verwaltungsorganisation enthalten. Es ist aber ausgeschlossen, daß bereits der nächste Landtag mit eingehenderen Entwürfen befaßt werden wird.

Reichspostkonferenz.

Berlin. (Priv.-Tel.) Die Mitglieder der Reichspostkonferenz versammelten sich heute früh bald nach 7 Uhr, um gemeinschaftlich einen Besuch der wichtigsten Postämter

SLUB Wir führen Wissen.